

Roland Busche, Bergstr. 9, 47199 Duisburg

Roland Busche
Bezirksvertreter
Homborg/Ruhrort/Baerl

Bergstr. 9
47199 Duisburg

Telefon 0 28 41 / 8 84 95 30

Roland.Busche@
linksfraktion-duisburg.de

www.linksfraktion-duisburg.de

SPERRVERMERK – 18. Febr. 10, 18 Uhr

Duisburg, 17. Februar 2010

Haushaltsrede

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen

Die Einbringung und Beratung des Haushaltes musste auf Antrag von DIE LINKE in dieser Sondersitzung erzwungen werden. Es ist innerhalb von knapp 2 Wochen das 2. Mal, dass wir uns treffen müssen, denn zum eigentlichen Termin am 4.2. lag der Haushalt uns praktisch nicht vor. Wenn der Haushalt des Jahres 2010 so klammheimlich, still und leise an den BürgerInnen vorbei verabschiedet werden soll, dann liegt der Verdacht nahe, dass sich dort Dinge verbergen, die das Licht der Öffentlichkeit scheuen.

Nennen wir die Verantwortlichen des Desasters, über das wir heute reden, mal beim Namen. Sagen wir doch mal wo die Gelder geblieben sind, die uns d.h. Ihnen, mir und den Menschen für deren Wohl wir gewählt wurden, fehlen. Sie sind ja nicht verbrannt, sondern parken irgendwo und warten darauf von uns abgeholt zu werden.

Die Bundesrepublik Deutschland hat 480 Milliarden Euro in Form von Kapitalhilfen und Bürgschaften zur Rettung der deutschen Banken bereitgestellt. 480 Milliarden Euro sind, damit wir uns richtig verstehen, 20 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik Deutschland. Nun stellt sich die Frage: Wie lange wird uns diese Verschuldung belasten, Jahre oder Jahrzehnte, und wer muss das Ganze überhaupt zurückzahlen? Die Antwort sehen wir heute in dem hier zu beratenden Haushalt. Natürlich die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Darunter verstehen viele immer nur die, die Einkommensteuer zahlen. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland Steuern zahlen, zumindest die Mehrwertsteuer. Darüber gibt es ja keine Diskussion.

Das aber heißt, dass Hartz-IV-Empfänger, Lidl-Verkäuferinnen, Kfz-Schlosser etc. all diese Schulden der Banken zurückzahlen müssen. Dazu kann ich nur sagen: Unser Einverständnis bekommen Sie dafür niemals. Von uns wird heute erwartet, dass wir schmerzhaften Einschnitten zustimmen, wir müssen uns ändern, hört man landauf, landab. Mein Nachbar zur Linken behauptet gar, dies sei alternativlos und da sie unseren Vorschlag für eine gemeinsame Ablehnung des Haushaltes ja ignoriert haben, gehe ich davon aus, dass die konservativen Parteien CDU und FDP, GRÜNE und SPD dies ebenfalls so sehen. Schauen wir doch mal, ob die Schuldenmacher in den Banken auch ihr Verhalten geändert haben oder ob wir sozusagen gemeinsam an einem „Sparstrumpf stricken“.

Die Banken jedoch machen wieder Geschäfte mit Steueroasen und spekulieren in der ganzen Welt, als ob es die Krise überhaupt nicht gegeben hätte. Als weiterer Umstand kommt hinzu, dass Herr

Ackermann gerade sehr fröhlich allen mitgeteilt hat, dass die Deutsche Bank einen Profit in Höhe von 5 Milliarden Euro nach Steuern gemacht hat, den sie jetzt wunderbar an ihre Großaktionäre etc. auszahlen kann. Schauen wir uns einmal den ersten Bereich an. Der Staat, d.h. auch unsere Stadt musste sich ja neu verschulden, um das ganze Geld zur Verfügung stellen zu können. Woher nehmen sie das Geld? Sie nehmen Darlehen bei den Banken auf, unter anderem bei der Deutschen Bank. Diese verlangt dafür natürlich hohe Zinsen und verdient daran. Im Klartext bedeutet das Folgendes: Um die Banken zu retten, nimmt der Staat Kredite bei den Banken auf, und dafür verlangen die Banken das Geld, das der Staat von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahler der Bundesrepublik Deutschland einnimmt, das ist ihr Verdienst. Sagen Sie einmal: Kommt Ihnen das nicht auch ein bisschen merkwürdig vor, was hier organisiert wird?

Kurz gesagt, wir DIE LINKE weigern uns für Ihre Krise zu zahlen.

Aber – es tut sich was.

Der Haushalt unseres Bezirks ist in diesem Jahr zum ersten Mal nicht nur zur Kenntnis genommen worden, sondern wurde intensiv öffentlich diskutiert, es wurden Vorschläge erwogen, Alternativen besprochen und in den Haushalt aufgenommen. Das haben wir immer gefordert und wir freuen uns darüber, dass LINKE Politik hier zum Main-Stream geworden ist.

Und siehe da, zu Ihrer Alternativlosigkeit zeigen sich plötzlich andere Ansätze, es muss kein Kreisverkehr für 800.000 Euro gebaut werden, es muss keine Figur zur Verherrlichung des kalten Krieges diesen Kreisverkehr schmücken. Wir begrüßen dies und fordern die Stadt gleichzeitig auf, das Geld im Bezirk zu lassen, denn wir brauchen es und es gehört uns.

Ich möchte Ihnen kurz erläutern wie unser Bezirk aussehen wird, wenn sie dem Zahlenwerk kapitalistischer Fehlwirtschaft zustimmen. Sie müssen dann selber entscheiden. Ist das zum Wohle des Bezirks, ist das zum Wohle der Menschen die wir vertreten und dem wir alle, die wir hier sitzen, uns per Eid verpflichtet haben.

Zwischen Januar 2009 und Januar 2010 haben so viele Menschen den Bezirk verlassen, **dass der kleinste Bezirk ein Drittel des Bevölkerungsschwunds von Gesamt-Duisburg trägt**. In den Jahren zuvor haben Verwaltung und bürgerliche Politik immer wieder auf den Leerzug der Weißen Riesen verwiesen. Jetzt wo ein Hochhaus renoviert und bezogen wurde und das andere seit Jahren leer steht, verlassen immer noch so viele Menschen die linke Rheinseite. Die Abstimmung mit den Füßen geht weiter. Finden sich im Haushalt Hilfen um den Menschen Gründe zu liefern hier zu bleiben, finden sich Innovationen, Ideen, Antworten oder findet sich zumindest ein Problembewusstsein?

Wird vielleicht auf die Belange von alten Menschen eingegangen, indem die Stadtbücherei in Ruhrort erhalten und in Homberg barrierefrei ausgebaut wird? Kann man als BürgerIn dieser Stadt nicht erwarten, dass man die Vorrichtungen, die man selber finanziert auch benutzen kann? Offenbar nicht, denn im Rat haben auch die Ratsleute aus unserem Bezirk von SPD, FDP, DWG UND CDU gegen die Barrierefreiheit gestimmt.

Wenn wir dem Haushalt zustimmen, dann werden auch in unserem Bezirk nur noch wenige Hausmeister an Schulen vor Ort sein. Mehrere KollegInnen müssen im Schichtdienst einzelne Gebäude abklappern. Vor rund zwei Jahren sind von allen Parteien Vertreter im Falkenheim gewesen und haben sich eine hitzige Debatte über herumliegende Spritzen, Belästigungen auf und vor dem Schulhof und von Alkoholika in den Büschen geliefert. Wir waren uns einig, dort muss jemand aufpassen, dort dürfen die Kinder nachmittags nicht alleine gelassen werden, sie sind ohne uns Erwachsene dort nicht sicher. Wenn sie glauben, dass die Situation sich in Hochheide und andernorts gebessert hat, dann stimmen sie dem Haushalt zu.

Wenn wir dem Haushalt zustimmen, dann wird die von uns allen hart erkämpfte Unterstützung der Elternarbeit im Prinzip beendet, dann werden wir den alten Menschen erklären müssen, dass sie allen Grund haben ängstlich zu sein, wenn sie in der Ladenstadt einkaufen gehen wollen. Ich erinnere daran, dass das von der Uni initiierte Jugendprojekt Medi-Peer in Hochheide gescheitert ist, weil die Zöglinge zunächst einen Entzug machen müssten – **und wir stellen die Erziehungshilfen ein!**

Immer noch wohnen in den Weißen Riesen bis zu 80 % Migranten. Übrigens, die wohnen dort genauso wenig freiwillig, wie Sie dort nicht wohnen wollen. In Bruckhausen und Marxloh haben 75 % der Bevölkerung höchstens einen Hauptschulabschluss. Ich habe 8 Jahre an der Hauptschule gearbeitet, ich weiß, welche Probleme dort gelöst werden müssen. Wenn Hochheide der nächste Ortsteil mit strukturellem Analphabetismus werden soll, dann stimmen Sie dem Haushalt zu.

Generationen von junger Menschen sind durch die Arbeit städtischer und freier Träger sozialisiert worden, zum Teil sitzen wir nur hier, weil wir in unseren wilden Zeiten die Möglichkeit hatten gemeinsam weg zu fahren, Verantwortung übertragen bekamen, dabei Fehler machen durften und wachsen konnten. Wenn wir der Kürzung bei der Kinder- und Jugendarbeit zustimmen, dann fahren wir nicht mehr nach Ameland, dann machen wir Urlaub an der Ottostraße und bei den Kumpels am Roten Weg. Diese Maßnahme ist alternativlos, nämlich alternativlos in vollem Umfang weiterzuführen.

Wir stimmen dem Abbau der Erziehungshilfe zu, wir kürzen die Arbeit der freien Träger und glauben, dass wäre zum Wohle unserer Jugend und unserer Mitmenschen. Wir lassen es zu, dass pädagogische Laien zu Silvester mit schwerstkriminellen Jugendlichen eine Art Bürgerwehr organisieren. Wenn sie glauben, dass sich die öffentliche Sicherheit in diesem Bezirk von selber einstellt, dann stimmen sie sicher auch der Maßnahme zu, beim Ordnungsamt Personal zu kürzen. Gemeinsam sind wir uns einig, dass es keine rechtsfreien Räume geben darf. Am Üttelsheimer See, am Hochheider Markt, auf dem Parkfriedhof müssen wir zeigen, dass es Gesetze gibt, und dass wir sie auch durchsetzen werden. Schlimm genug, dass die Polizei so alleine gelassen wird. Ich und wir, als DIE LINKE, stehen dazu, dass der Staat das Monopol zur Anwendung von Gewalt hat – für alle anderen ist dies verboten.

Dieser kleine Ausschnitt macht deutlich, was spätere Generationen über unsere Arbeit sagen werden, wenn in 20 Jahren mal jemand fragt, wie konnten die das zulassen. Um mit Brecht zu reden: Von unserem Bezirk wird bleiben, der durch ihn hindurchging, der **Wind!**

Dieser Haushalt spart an den Menschen und ihren Bedürfnissen, dieser Haushalt ist selbstzerstörerisch. Noch mal zur Klarstellung: **DIESER HAUSHALT MACHT UNSEREN BEZIRK ENDGÜLTIG KAPUTT.**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

für uns alle ist die Kommune der wichtigste Bezugspunkt. Mit Kindern und Familie oder Partnerschaften haben wir die Aufgabe, ein bewohnbares Haus zu bauen. Die Verwaltung aber auch die zum größten Teil aus der SPD stammenden Dezernenten, sind auch in diesem Jahr lediglich wieder die Firma für den Spezialabbruch. DIE LINKE lehnt den Haushalt ab und hofft, dass die Wähler bei der Landtagswahl im Mai einen geänderten Bauplan unterstützen werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit